

Theologische Existenz heute!

II.

(Entwurf)

Die kirchliche Lage ist seit dem 24. Juni 1933 in so akuter Weise ernst geworden, dass ich mich veranlasst sehe, meinem unter demselben Titel ausgegangenen ersten Wort ein zweites sofort nachzuschicken. Ein zweites Wort in derselben Sache, an dieselben Adressaten und in derselben Absicht, inhaltlich noch einmal dasselbe Wort, aber nun ebenso wesentlich der nächsten Zukunft zugewandt, wie das erste wesentlich der letzten Vergangenheit. Der 24. Juni hat ja gewiss schon politisch-kirchenpolitisch nichts verändert, sondern nur Einiges ans Licht und zu aktueller Bedeutung gebracht, was vorher so allgemein und grundsätzlich nicht deutlich war. Auch theologisch hat sich nichts verändert, nur dass auch hier das, was schon vorher zu bedenken und zu sagen war, noch deutlicher wurde. Immerhin: so viel deutlicher, dass eine neue Situation entstanden ist, in der sich mit der Gestalt aller Einzelfragen auch die Frage der konkreten grundsätzlichen Entscheidung, die jede Einzelfrage erst so aufregend macht, die Grundfrage der Behauptung oder Nichtbehauptung unserer theologischen Existenz ganz neu stellen muss. Ich möchte mich, da ich einmal zum Mitreden aufgerufen wurde, auch in dieser neuen Situation der Pflicht nicht entziehen, denen die mich hören wollen, zu sagen, um was es mir jetzt erst recht auf der ganzen Linie zu gehen scheint.

Die evangelische Kirche Deutschlands hat mit dem, was sich an und seit dem 24. Juni zunächst im preussischen Bereich zugetragen hat, (Beurlaubung des Ministerialdirektors Trendelenburg am 22., Telegramm des preuss. Kultusministers an die preuss. Vertreter an der Eisenacher Kirchenkonferenz, Einsetzung des Kirchenkommissars Jaeger für Preussen, Rücktritt von D. von Bodelschwingh, Beurlaubung von O.K.R. Hundt und Gen. Sup. D. Schian, Aktion gegen die bisherige Leitung des ev. Presseverbandes am 24., Einsetzung von provisorischen Bevollmächtigten des Kirchenkommissars am 26.-27., Beurlaubung von D. Dibelius am 27., Einsetzung von Kommissaren beim Zentralausschuss für Innere Mission am 27.) eine schwere kirchenpolitische Niederlage erlitten. Dass sie bloss kirchenpolitisch ist, ändert nichts daran, dass sie eine schwere Niederlage ist. Die Kirche sieht sich in ihren bisherigen Führern äusserlich vor aller Welt entmündigt. Sie sieht sich äusserlich in eine Zwangslage gedrängt, für die man in ihrer Geschichte jedenfalls seit Beginn des 19. Jahrhunderts wohl kaum eine Parallele finden wird. Sie sieht sich in den Führern, denen sie ihre äusseren Geschicke bis dahin anvertraut hatte oder die in dem mit der überstürzt beschlossenen und unternommenen Kirchenreform entstandenen Wirren mehr oder weniger legitimiert die Leitung ihrer äusseren Geschicke übernommen hatten, insofern enttäuscht, als diese es jedenfalls nicht verstanden haben, sie vor dieser Entmündigung und Zwangslage zu behüten. Sie sieht sich auch in ihrem Verhältnis zum römischen Katholizismus, der jedenfalls dieser Entmündigung und Zwangslage bis heute zu entgehen gewusst hat, in offenkundigen und beschämenden Nachteil versetzt. Es muss nicht notwendig so sein, dass eine äussere Niederlage der Kirche eine Bedrohung der theologischen Existenz ihrer Prediger und Lehrer bedeutet. Diese äussere Niederlage bedeutet das. Unsere theologische Existenz war durch die bisherigen Ereignisse dieses Jahres von innen bedroht. In grundsätzlich ungestörter äusserer Freiheit kam die Versuchung zur Abweichung, zum Abenteuer, zum geistlichen Schlaf (bei allzu grosser geistiger Regsamkeit).

zu einem wahrheitsfeindlichen Wirklichkeitsdenken über uns. Jetzt kommt die Bedrohung auch von aussen, in Gestalt von Ereignissen und Verhältnissen, denen sich die Kirche ohne ja wider ihren Willen von ihren Grenzen her unterworfen sieht und die doch in ihrer Bedeutsamkeit für ihre Prediger und Lehrer denselben Effekt haben zu wollen scheinen, wie jene in Freiheit abzuwährenden (oder nicht abzuwehrenden) Versuchungen, mit denen sie es bis jetzt zu tun hatten: den Effekt, dass wir uns entreissen, lassen, was wir unter allen Umständen behaupten sollten, den freien Boden des Wortes Gottes und seiner Verkündigung.

Diese Bedrohung liegt noch nicht an sich darin, dass nun auch die evangelische Kirche ~~ihrem~~ dem Zugriff der harten Faust des nationalsozialistischen Staates verfallen, dass äusserlich nun auch an ihr das grosse Gleichschaltungsprogramm zur Vollstreckung gekommen ist. - Dass dies Letztere der nächste Sinn der letzten Ereignisse gewesen ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Wenn wirklich, wie es einen Augenblick in den Vordergrund gestellt wurde, die bisherige preussische Kirchenleitung dadurch den "Rechtsboden verlassen hat" dass sie ohne vorherige Befragung der Staatsregierung die Ernennung eines kommissarischen Präsidenten des E.O.K. vollzog und wenn die in den Erlassen des Ministers und des neuen Kommissars erwähnte "Verwirrung" und "Zerrissenheit" im "Kirchenvolke" - gemeint ist wohl: infolge des Bischofsstreites - an vielen Orten tatsächlich vorhanden gewesen sein mag, so stand doch der Ernst der vonseiten des Staates ergriffenen Massnahmen zu diesen Uebeln in keinem Verhältnis. Sie werden aber restlos verständlich im Zuge der im Juni durchgeführten allgemeinen Politik. Nach den Gewerkschaften und Arbeitervereinen, nach den Wehrverbänden und Jugendorganisationen, nach den Parteien der verschiedenen mit dem Nationalsozialismus nicht identischen Richtungen mussten auch die Kirchen und musste - teils als Kirche der überwiegenden Volksmehrheit, teils wohl auch als Stelle des geringeren Widerstandes - vor allem die evangelische Kirche hinsichtlich der Eingliederung in das neue System an die Reihe kommen. Der Vorgang liegt so genau in der Folgerichtigkeit des am 30. Januar eröffneten politischen Geschehens, dass man den Nationalsozialismus schon sehr schlecht verstanden haben müsste, wenn man in der Lage wäre, sich jetzt noch einmal besonders gerade darüber zu wundern oder gar zu entsetzen. Möchten sich doch alle, die jetzt auf einmal zu weinen oder zu schelten beginnen, klar machen, dass es dazu nun wirklich zu spät ist. Man kann nicht, wie es gerade auf dem theologischen Felde so reichlich geschehen ist, mit dem Begriff der politischen Autorität, mit dem Staatsgedanken der heidnischen Antike, mit der Autonomie der angeblichen Schöpfungsordnungen spielen wie Kinder auf dem Schiessplatz mit Blindgängern, um dann auf einmal, wenn das Entsprechende nun eben mit allen Konsequenzen Ereignis wird, wehleidend zu erklären, dass man es so nun doch ~~nicht~~ nicht gemeint habe. Nein, nun gilt es der mit dem 30. Januar auf den Plan getretenen politischen Wirklichkeit nüchtern ins Gesicht zu sehen. Im Zeichen dieser Wirklichkeit musste auch der evangelischen Kirche widerfahren, was ihr nun widerfahren ist. - Daran an sich, dass das geschehen ist, was geschah, wird man ja auch eine Bedrohung dessen, um was es hier allein gehen soll, eine Bedrohung der theologischen Existenz des Predigers und Lehrers der deutschen evangelischen Kirche noch nicht sehen dürfen. Noch nicht einmal eine äusserliche Bedrohung. So weit es sich bloss um die staatliche Aktion als solche handelt, bedeutet die neue Situation weder einen Eintritt in das Dogma oder in den Kultus, noch auch einen Eintritt in die glaubensnotwendigen Elemente der kirchlichen Verfassung. Denn darin, dass die "kirchlichen Vertretungen", wenn ich recht verstehe: beauftragt mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte, aufgelöst (gemeint ist doch

griff

wohl : neu zu wählen) sind, ist nichts geschehen, was nicht infolge irgend einer anderen Krisis ebenso wohl und ebenso ohne Angriff auf die Substanz des kirchlichen Lebens hätte geschehen können. Durch die eingetretene Politisierung der Konsistorien wird man sich so wenig in den status confessionis versetzt sehen können, wie dies unseren Vätern im 17. und 18. Jahrhundert eingefallen ist. Der Generalsuperintendent und der Konsistorialrat und gar der Leiter des Presseverbandes sind nun einmal im Unterschied zu den Aemtern der Gemeinde zwar nützliche und wichtige, aber keine de fide notwendigen Figuren. "Lass fahren dahin...!" wenn es denn nun so sein soll, dass an diesen Stellen in Zukunft oder doch in der nächsten Zukunft die Bevollmächtigten des staatlichen Kirchenkommissars das Wort führen oder doch erheblich mitreden wollen. Die Kirche braucht diese Apparate, auf die der Staat nun vorläufig seine Hand gelegt hat, aber sie kann sie zur Not auch entbehren, zuletzt nicht von ihnen. Noch ist durch den staatlichen Eingriff als solchen die Freiheit der Verkündigung und der Theologie, die Ordnung der Gemeinde und die Ordnung des Gottesdienstes nicht bedroht, geschweige denn angegriffen. Es ist zwar zu sagen - und ich werde noch darauf zurückkommen - dass einzelne Formulierungen insbesondere in der Kundgebung der neuen Pressekommissare vom 25. Juni, des Kirchenkommissars selbst vom 27. Juni und in einem offenbar offiziösen "Mitgeteilt" unter dem Titel "Die Begründung des Kultusministeriums" (Köln. Zt. Nr. 342 vom 27. Juni) höchst zweideutig sind und dass einzelne davon, wenn man sie ausserhalb des Zusammenhangs läse, diese Bedrohung zweifellos explizit bedeuten würden. Es stehen aber in denselben Dokumenten andere Formulierungen daneben, an die man sich jedenfalls zunächst jedenfalls auch mit aller Bestimmtheit halten darf.

"Souveränität des Evangeliums und seine freie Verkündigung bleibt davon unberührt; sie ist unantastbar".

"Das Eigenleben und die Eigengesetzlichkeit der Kirche, des Glaubens und des Bekenntnisses werden dadurch in keiner Weise berührt. Damit ist auch ausgesprochen, dass eine sogenannte Staatskirche in jeder Form abgelehnt wird".

Gestützt auf das, was damit gesagt wird, und vor allem auch auf das, was im übrigen nicht gesagt wird, hätte man sich zunächst einzuprägen: noch ist von der Staatsregierung als solcher und ihren Kommissären die Linie der Kanzlerrede vom 23. März unter Erklärung des preussischen Kultusministers vom 7. Mai nicht verlassen. Noch ist der Kirche vom Staat nicht befohlen, sich selbst untreu zu werden. Noch ist durch die staatliche Massnahme als solche kein solcher Druck auf uns ausgeübt, der die innere Versuchung zum Abfall, in der wir uns schon befanden und noch befinden, auch zur äusseren machen würde. Noch wäre - wenn man jene bedenklichen Formulierungen als Entgleisungen einklammern darf - nach dieser Seite kein Anlass vorhanden, an den Satz zu erinnern, dass man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen. Es dürfte gut sein, sich dies einzuprägen, damit doch jetzt ja niemand unnütz eigere und sich ins Unrecht setze durch Tumult in einer Sache, die uns schmerzlich sein mag, gegen die man sich aber unmöglich mit letztem Ernst und Leid auflehnen darf.

Anders verhält es sich nun freilich mit einer bestimmten Eigentümlichkeit des staatlichen Zugriffs und Eingriffs, einer Eigentümlichkeit, die ihm nicht wesentlich ist, die er nicht haben müsste, die nicht notwendig in der Absicht der Staatsregierung zu liegen braucht, die denn auch jedenfalls in dem von Kultusminister Dr. Rust selber stammenden Dokumenten noch keineswegs sichtbar ist. Sie ist aber leider charakteristisch für den konkreten Vollzug des tatsächlich geschehenen Zugriffs und Eingriffs. Dieser Zugriff und Eingriff bedeutet nämlich, auf die

21
Persönlichkeiten der ernannten staatlichen Funktionäre bzw. der vom Staat ernannten kirchlichen Funktionäre gesehen, tatsächlich die Auslieferung des kirchlichen Regierungs- und Verwaltungsapparates an die sogen. "Glaubensbewegung Deutsche Christen". Dieser Modus der staatlichen Aktion gegen die Kirche macht die zu dem, was sie an sich nicht sein müsste: zu einer äusseren Bedrohung unserer theologischen Existenz. Der Glaube dieser Glaubensbewegung ist nicht der durch die heilige Schrift nach dem Verständnis der lutherischen und reformierten Bekenntnisse gestimmte, sondern ein anderer, ein neuer und fremder Glaube. Wenn er in der Kirche die Herrschaft bekommen sollte, so würde sie aufhören, eine evangelische, eine christliche Kirche zu sein. Wenn wir uns durch die Herrschaft dieses Glaubens in der Kirche bestimmen lassen würden, zu diesem Glauben überzutreten, oder unseren Glauben diesem Glauben anzupassen, so hätten wir damit unsere theologische Existenz, unsere Existenz als Prediger und Lehrer des evangelischen Glaubens verwirkt. Denn die Fundamentalartikel der Deutschen Christen:

1. Die Lehre von der wesentlichen Bedingtheit des ~~sich~~ zu verkündigenden Glaubens durch die Rasse-Volks- und Staatszugehörigkeit des Glaubenden,
2. die Lehre von dem Dienst, den die Berufung zumewigen Leben dem geschichtlichen Beruf eines Volkes zu leisten habe
3. die Lehre von der notwendigen inneren Beziehung der kirchlichen Verkündigung zu einer bestimmten Weltanschauung und Gesellschaftsform -

diese Lehren, das in ihnen vorausgesetzte Verständnis der Begriffe Gott, Schöpfung, Sünde, Gesetz, Evangelium, Gnade und ihres Verhältnisses untereinander samt allen daraus folgenden religiösen und moralischen Anschauungen und Grundsätzen sind der heiligen Schrift und den evangelischen Bekenntnissen nicht nur fremd sondern zuwider, sind innerhalb der Kirche theologisch zu bekämpfen, als offiziell herrschende Lehren dagegen schlechterdings untragbar, weil kirchenzerstörend. Kirchenzerstörend auch und gerade dann, wenn sie mit jenen Fundamentalartikeln der Schein einer mehr oder weniger massiven lutherischen oder reformierten Rechtgläubigkeit und ein überlautes Reden von der "Souveränität des Evangeliums" verbinden sollte. Kirchenzerstörend auch und gerade dann, wenn die "Glaubensbewegung" von persönlich sehr frommen Persönlichkeiten getragen sein sollte (es hat schon viele Haeretiker gegeben, die sich in dieser Hinsicht ausgezeichnet haben) und wenn sie das kirchliche Leben noch so sehr in Schwung bringen sollte. Kirchenzerstörend sage ich, auch und gerade dann, wenn Deutsche Christen mit irgend welchen Trümmern von "dialektischer Theologie" bewaffnet auftreten sollten! Wenn das Christentum der Deutschen Christen offiziell herrschend wird in der evangelischen Kirche, dann ist offiziell die Zerstörung der Kirche angebahnt. Das ist es aber, was uns infolge der Ereignisse der letzten Juniwochen droht: der Versuch, den Lehren der Deutschen Christen in der evangelischen Kirche zur offiziellen Herrschaft zu verhelfen. Das macht diese Ereignisse so ernsthaft: dass sie eben nicht bloss in einer politischen Aktion bestehen, sondern dass in dieser politischen Aktion faktisch eine theologische sich vollzieht, dass in und mit den Kommissaren des Staates zugleich die Anhänger und Verkündiger und, wie die Kirche, ~~welche~~ wenn sie sich selbst treu bleibt, sagen muss: falschen Glaubens von bestimmten, nicht lebensnotwendigen aber immerhin auch nicht unwichtigen gemeinsamen Organen der Gemeinden, von den Konsistorien mit ihren immerhin erheblichen personellen ökonomischen und disziplinären Befugnissen und darüber hinaus von dem ganzen weitmaschigen Betrieb der J.M. und nicht zuletzt von den Zentralstellen der kirchlichen Presse und vom kirchlichen Zugang zum Radio Besitz ergriffen haben. Noch regieren sie nicht in den Gemeinden; jedenfalls nicht im Zusammenhang mit der Juniaktion der Staatsregierung. Sie regieren aber über die Gemeinden. Noch kann dies

nur ein sehr relatives Regieren bedeuten. Denn trotz seines ehrwürdigen Alters hat weder der überlieferte Konsistorialismus (entgegen der der evangelischen Kirche nun einmal natürlichen und angemessenen Verfassungsform) eine allzu grosse Bedeutung für das wirkliche Leben in den Gemeinden je gehabt noch hat etwa der erwünschte Episkopalismus trotz seiner Affinität zu dem heute herrschenden politischen Führergedanken diese Bedeutung schon erlangt. Welche reale Macht den D.Chr. durch den Besitz der kirchlichen Presse und des kirchlichen Radio in die Hand gegeben ist, lässt sich schwer abschätzen, wird sich jedenfalls erst zeigen müssen. Und ebenso wage ich keine Vermutungen darüber, ob und wie sich der Griff nach der Zentralstelle der J.M. als Gewinnung einer realen Machtposition auswirken oder auch nicht auswirken wird. Von einer vollen Machteroberung durch die D.Chr. würde wohl erst nach einem entsprechenden Ausgang der Neuwahlen in die Presbyterien und Synoden zu reden sein. Es braucht aber nicht ausgeführt zu werden, was für ein Gewicht gerade für den Ausgang dieser Wahlen die schon jetzt eroberten, bzw. bezogenen Stellungen auf alle Fälle haben werden. Nimmt man hinzu die längst unter Beweis gestellte politische und kirchenpolitische Tüchtigkeit der deutschchristlichen Führer und Methoden, so wird man auch bei zurückhaltender Einschätzung der der Glaubensbewegung bis jetzt zugefallenen Machtmittel und bei noch so hoher Einschätzung der in den Gemeinden wirksamen Gegenkräfte doch von einer sehr ernsthaften Gefahr eines Angriffs auf die Substanz der Kirche reden müssen. Es besteht sehr schlicht die Gefahr, dass die D.Chr. ihre schon gewonnenen und noch zu gewinnenden Machtpositionen dazu benutzen können, sich und ihrer Lehre das Monopolrecht in der Kirche zu verschaffen: einmal indem sie allen Anderen die Mitbenutzung der jetzt in Beschlag genommenen Einfluss- und Sprechmittel versagen, sodann indem sie den Anderen nach und nach auch das nehmen, was sie in dieser Hinsicht noch haben. Ich brauche nicht auszuführen, welche ~~mit~~ einzelnen Massnahmen zu befürchten sind. Nichts wird den D.Chr. wenn sie das wollen, leichter sein als dies: den theologischen Widerspruch, den sie sich jetzt noch gefallen lassen müssen, nach und nach zum Schweigen zu bringen. Wenn die entsprechenden Massnahmen ergriffen werden, so wird die Substanz der Kirche angegriffen und vielleicht sehr bald tödlich angegriffen sein. Denn wie sollte der äussere Druck, der der Sinn dieser Massnahmen sein wird, sein Ziel nicht erreichen: Viele und immer Mehrere, die jetzt noch stehen, zum Fallen zu bringen? "Schreib, Vater, Schreib, dass du bei der Pfarre bleib!" wird es in den Pfarrhäusern wieder heissen, wie in den Tagen, da es galt die Konkordienformel zu unterschreiben und wieder wird es in den allermeisten Fällen menschlich nur zu verständlich sein, wenn der Vater wirklich schreibt, wenn der Privatdozent oder auch Ordinarius wirklich einschwenkt, wenn der Student oder Kandidat sich die verlangte "Theologie" wirklich zulegt. Auch Theologen sind Menschen und wollen gelebt haben und starker äusserer Druck hat auch an Theologen schon oft das Wunder gewirkt, das gar kein Wunder ist: dass sie zwar standen aber dann doch auch anders konnten. Man kann auch von einem braven Theologen jedenfalls nicht ohne Weiteres verlangen, dass er nun gleich auch noch ein Held sei, wenn es vielleicht darum gehen könnte, durch Preisgabe seiner theologischen, seine - ganz gewöhnliche Existenz zu retten! Nicht das würde schlimm sein, dass man dann noch einmal Viele fallen sähe, von denen man es nicht gedacht hätte, wohl aber die dann Schritt für Schritt hereinbrechende innere Verödung einer ihres Glaubens ihrer Liebe, ihrer Hoffnung beraubten Kirche. Denn das könnte die Kirche werden, nachdem die D.Chr. eine Weile von den ihnen jetzt zugestandenen und von den vielleicht noch erwerbenden Machtmitteln Gebrauch gemacht hätten. Noch kann man auch in dieser Hinsicht erst von einer Gefahr, von einer Bedrohung der kirchlichen Substanz reden. Die Taten der neuen kirchlichen Gewalthaber, der verschiedenen Juristen und Theologen, die sich bereit fanden die von der Staatsregierung für notwendig gehaltene

Exekution an der Kirche zu vollziehen, stehen ja noch aus. Noch kann man sich, wie es in diesem Jahr ja öfters geschehen ist, mit der Rede trösten, dass nicht so heiss geessen wie gekocht werde. Aber wir haben uns nun doch schon öfters getäuscht mit diesem Trost. Ich wollte wohl, dass wir uns in diesem Fall nicht täuschen würden. Ich wollte wohl, dass es ein Ereignis ohne Symbolkraft wäre, wenn die erste öffentlich bekannte Tat des neuen E.O.K. nun gerade die Anordnung gewesen ist, dass inskünftig an Festtagen auf den Kirchtürmen ausser der Kirchenfahne - wie rächt sich nun die unsinnige Einführung dieses Tuches! - auch die schwarz-weiss-rote und die Hakenkreuzflagge zu zeigen sei! Ich wollte wohl, dass ich zu schwarz sehe, wenn ich die Einsetzung der deutsch-christlichen Gewalthaber mindestens für eine unmittelbare Bedrohung des Evangeliums und der evangelischen Kirche Preussens halte. Dass man mit dieser Bedrohung rechnen muss, das haben in den letzten Juniwochen mit mir wahrscheinlich Tausende und Tausende von deutschen Evangelischen so oder so empfunden.

.....